

Haushaltsrede 2014
CDU-Fraktion
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Mein Gruß gilt allen Gästen und den Vertretern der Presse.

Ich wünsche Ihnen allen Erfolg und uns wieder eine absolute Mehrheit.

Mit diesem Satz habe ich im vergangenen Jahr zum Ende meiner Haushaltsrede einen Wunsch in Richtung Kommunalwahl geäußert, und aus Sicht der CDU ist dieser Wunsch auch in Erfüllung gegangen. Allen, die uns diese Mehrheit durch Ihre Stimme ermöglicht haben, gilt noch einmal unser Dank.

Diese absolute Mehrheit ist für uns Verpflichtung und Aufgabe zugleich. Mit unserer Politik wollen wir den Kreis Heinsberg erfolgreich weiter gestalten und in eine Zukunft führen, die auch der kommenden Generation Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2015 ist der erste Haushalt dieser neuen Legislaturperiode und doch befassen wir uns auch als neugewählter Kreistag mit Themen, die schon in der vergangenen Legislaturperiode aktuell waren.

Die Feststellung des Kämmerers, dass ca. 98 % des Kreishaushaltes und damit auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Pflichtaufgaben zugeordnet sind, macht deutlich, welchen Spielraum wir als Kreistag bei unseren Entscheidungen in den kommenden Jahren haben. Entscheidungen auf der Bundesebene und vor allem auf der Landesebene haben elementare Auswirkungen auf Kreis, Städte und Gemeinden.

Diese Feststellung bedeutet aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen, sondern die Spielräume, die uns bleiben, nutzen. Wir haben diese Möglichkeiten in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Heinsberg mit viel Erfolg genutzt, sonst hätten wir heute wahrscheinlich die gleichen Verhältnisse, wie in vielen Städten des Ruhrgebiets und anderswo.

Aber auch für uns wird die Luft immer dünner!

Vor allem deshalb, weil die Rot – Grüne Landesregierung keinen Plan für die Zukunft unseres Landes hat, außer neue Schulden zu machen.

Betrachten wir im Haushaltsplan des Kreises einmal die Entwicklung für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung. Dort sind für die kommenden Jahre die Beiträge für die allgemeine Kreisumlage veranschlagt für 2016 – 128 Mio. Euro, 2017 – 131,5 Mio. Euro und 2018 – 132 Mio. Euro.

Da fragt man sich zu Recht, wer soll das bezahlen?
Aber auch, wo liegen die Ursachen für diese Steigerungen?

Wenn wir diese Zahlen in Relation zu unserer Ausgleichsrücklage setzen, dann wird deutlich, dass die bisher geübte Praxis, entsprechende Beträge aus der Ausgleichsrücklage zu nehmen, um die Kreisumlage zu senken, schnell am Ende ist. Welche Auswirkungen das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage auf Null hat, können wir zurzeit in der Städtereion erleben.

Wir haben in den vergangenen Jahren aus Rücksichtnahme auf die Finanzkraft der Städte und Gemeinden eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage eingeplant (2014, 6,7 Mio. Euro und 2015 3,5 Mio. Euro), dies wird so in den kommenden Jahren, bei den zurzeit vorliegenden Rahmenbedingungen, nicht mehr möglich sein.

In der Haushaltsrede 2013 habe ich folgenden Satz vom ehemaligen Bundesminister Otto Schily zitiert:

"Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaates. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Kernelement einer lebendigen Demokratie. Europas Kultur und Zivilisation ist zuallererst den Städten und Gemeinden zu verdanken. ..." (Otto Schily, Bundesinnenminister, Mai 2005).

Wenn Bund und vor allem das Land nicht endlich nach dem Konnexitätsprinzip handeln, ist die kommunale Selbstverwaltung, die ja ein Kernelement einer lebendigen Demokratie ist, schnell an ihr Ende angelangt.

Natürlich haben wir auch Entlastung erfahren; die Kosten für die Grundsicherung wurden zu 100% übernommen und durch die sogenannte Übergangsmilliarde wird der Kreishaushalt um 1,4 Mio. Euro entlastet und dennoch steigen die Kosten im sozialen Bereich gegenüber 2014 um 1,3 Mio. Euro. Diese Zahlen sind alles andere als beruhigend und zeigen sehr deutlich, dass Bund und Länder endlich Strukturen schaffen müssen, in dem die finanziellen Belastungen gerechter verteilt sind.

„Schon in den letzten beiden Jahren hatte der Kreis Heinsberg bei der Aufstellung der Haushaltssatzung seine Erwartungen zum Ausdruck gebracht, dass im GFG strukturelle Veränderungen erfolgen müssen, um die dringend notwendigen Verbesserungen für den ländlichen bzw. kreisangehörigen Raum im kommunalen Finanzausgleich zu erreichen.

Die Eckpunkte zum Regierungsentwurf des GFG 2015 stellen leider noch keine konsequente Umsetzung der Ergebnisse des FiFo-Gutachtens der Landesregierung dar (Fifo-Institut = finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln).

So wird eine „interkommunale Verteilungsgerechtigkeit“ verfehlt. Die Beibehaltung der Einwohnerveredelung wird kritisch gesehen, ebenso der niedrige Verbundsatz von 23 %. Hingegen wird die Umstellung der Datenbasis auf das Neue Kommunale Finanzmanagement begrüßt“ (S.14 Haushaltsentwurf 2015).

Im Jahre 2015 erhalten nur vier der zehn kreisangehörigen Kommunen höhere Schlüsselzuweisungen. Für die Städte und Gemeinden im Kreis ergibt sich insgesamt ein Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 714.853 €. Die Auswirkungen dieser Fehlentwicklung führen letztendlich dazu, dass den Städten und Gemeinden nichts anderes übrig bleibt, als die Grundsteuern und Gewerbesteuern zu erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Heinsberg und die Gewerbebetriebe und Unternehmen müssen die Zeche zahlen. Eine solche Entwicklung ist nicht dienlich für eine Neuansiedlung von Unternehmen und damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Sparmöglichkeiten sind ausgereizt und bei den Pflichtaufgaben, die durch das Land ungenügend finanziell ausgestattet sind, können wir nicht sparen.

Das ist das Ergebnis von Rot-Grüner Landespolitik.

Meine Damen und Herren.

In Zeiten einer prosperierenden Wirtschaft, einer stark gesunkenen Arbeitslosenquote, in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen schafft die Landesregierung es nicht zu sparen, nein sie hebt im kommenden Jahr die Grunderwerbssteuer auf 6,5 % an.

Die Rot-Grüne Landesregierung sieht sich sei beim Haushalt auf Kurs, nur das Ziel scheint nicht klar zu sein. Wie heißt es doch so schön: „als wir das Ziel aus den Augen verloren hatten, haben wir unsere Anstrengungen verdoppelt“.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir Politiker und viele Vertreter aus der Wirtschaft bedienen uns immer gerne des Begriffs der Nachhaltigkeit. Im täglichen Sprachgebrauch wird dieser Begriff mit „eine längere Zeit anhaltende Wirkung“ definiert. In diesen Tagen fand der Klimagipfel in Peru statt. Im Zusammenhang mit diesem Gipfel haben wir immer wieder die Forderung nach einer nachhaltigen Politik gehört.

In der Frankfurter Rundschau vom 2. Dezember 2014 habe ich in einem Artikel von Daniel Baumann folgende Definitionen zum Begriff der Nachhaltigkeit gefunden. Dort heißt es, begründet wurde „das Prinzip der Nachhaltigkeit im Jahre 1713 von Hans Carl von Carlowitz (...) angesichts einer drohenden Rohstoffkrise in der Holzwirtschaft (...) forderte er, dass innerhalb eines Jahres nur so viel Holz geschlagen werden sollte, wie im gleichen Zeitraum nachwachsen kann.(.....).“

Und in dem 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung veröffentlichten sogenannten Brundland-Report heißt es: **„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befrieden können.“** (Quelle: Frankfurter Rundschau v. 2. Dezember 2014, S.12, Artikel von Daniel Baumann, Nachhaltigkeit, Geld Moral – egal?).

Diese Aussage bezieht sich sicherlich nicht nur auf klimarelevante Themen. Immer dann, wenn Politik aus ideologischen Gründen, oder gesteuert durch Lobbyismus, Maßnahmen auf den Weg bringt, ist der Aspekt einer dauerhaften Entwicklung oft nicht im Blick; sondern eine kurze Bedürfnisbefriedigung von Interesse.

Die Rot-Grüne Landesregierung ist in solchen Dingen sehr geübt. Wenn sie eine Entwicklung dauerhaft betreibt, dann die der ständigen Anschubfinanzierung für Maßnahmen, die originär die ihren sind und nach dem Konnexitätsprinzip abzuhandeln wären. Es ist toll, wir erhalten eine Anschubfinanzierung und dann lässt man Kreise, Städte und Gemeinden im Regen stehen.

Kreise, Städte und Gemeinden, das sind nicht abstrakte Gebilde, dahinter stehen Menschen, die von der Landesregierung im Regen stehen gelassen werden, meine Damen und Herren. Für die Landesregierung gilt offenbar beim Begriff der Nachhaltigkeit nur die Definition des täglichen Sprachgebrauchs, „eine längere Zeit anhaltende Wirkung“, eben höchstens drei Jahre.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Themen wie Schulsozialarbeit und Inklusion sind von besonderer Bedeutung und wir alle suchen nach Möglichkeiten, wie diese wertvolle Arbeit fortgesetzt werden kann. Ein gelungenes Beispiel stellt die gefundene Lösung zur Fortsetzung des Bauernhofprojektes dar.

Es muss aber dennoch allen klar sein, dass die finanziellen Spielräume sehr eng sind, da ist kein Platz für Träumereien. Jede einzelne Maßnahme muss auf ihre Finanzierbarkeit hin untersucht werden. Und wenn ich mir dann die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Finanzausschuss auf die vorhin gemachten Ausführungen zur Haushaltssituation der Städte und Gemeinden anschau, dann muss ich feststellen, dass die Art und Weise wie das Land mit den Kommunen in vielen Dingen verfährt, scheinbar auch bei Rot – Grün im Kreistag angekommen sind.

Ich möchte an dieser Stelle nicht die gesamte Diskussion zu diesem Thema wiederholen. Aber es ist eine Unverschämtheit von Seiten der Landesregierung eine ihr originäre Aufgabe auf Kreise, Städte und Gemeinden zu verlagern. SPD und Grüne im Kreistag finden es ganz toll, dass der Kreis Heinsberg eine 60% Förderung für die Einrichtung der Schulsozialarbeit erhält.

Meine Damen und Herren, ich kann erst Beifall spenden, wenn es 100% sind.

Das Land stiehlt sich wieder aus der Verantwortung. Wenn die Landesregierung die Schulsozialarbeit für so wichtig erachtet, dann soll sie auch endlich die finanziellen Mittel bereitstellen und das nicht nur für drei Jahre.

An diesem Beispiel wird wieder deutlich, was diese Landesregierung unter Nachhaltigkeit versteht. Lehrer, Sozialarbeiter, Schüler und Eltern können sich nicht auf Kontinuität verlassen, nach drei Jahren werden sie von der Landesregierung im Regen stehen gelassen. Wie war doch gleich der Spruch: „Wir lassen kein Kind zurück“.

Wie schon mein Fraktionskollege Harald Schlösser in der Sitzung des Finanzausschusses gesagt hat: Hannelores Standardprogramm. „**Ich tue Gutes und zahlen sollen die Anderen**“.

Und diese Handlungsmaxime scheinen SPD und Bündnis 90/Die Grünen nun auch für die Kreispolitik entdeckt zu haben. Anderes kann ich ihre Anträge im Finanzausschuss nicht deuten. Es kann doch nicht sein, dass wir im Kreis als Umlageverband die Schulsozialarbeiter im Prinzip mit dem Geld der Städte und Gemeinden finanzieren und diese bei der Entscheidungsfindung nicht beteiligen.

Entsetzt war ich über die Art und Weise wie Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Thema umgehen. Da heißt es in ihrem Antrag: „Überlässt man den Kommunen jedoch die alleinige Entscheidung, könnten diese aus Kostengründen die Schulsozialarbeit ablehnen.“ Die Kommunen sind die Schulträger und damit auch in der Verantwortung und nur weil Sie befürchten müssen, dass die Städte und Gemeinden anders denken als Sie, hebeln Sie kurzer Hand die Zuständigkeit der Betroffenen aus. Toll! Sie trauen Städten und Gemeinden und damit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Räten nicht die Sachkompetenz zu, diese Entscheidungen zu treffen und wollen Sie dann wohl zur Kasse bitten. Was ist das für eine Art des Miteinanders innerhalb der kommunalen Familie?! Da muss ich dann schon Ihr sonst so viel gerühmtes Demokratieverständnis in Frage stellen.

Der Landrat hat im Kreisausschuss eine Vorgehensweise beschrieben und wir warten nun die Reaktionen aus den einzelnen Städten und Gemeinden ab. Ich bin mir sicher, dass alle die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit im Blick haben, aber auch die finanzielle Machbarkeit.

Die Fachministerin auf Bundesebene, Frau Nahles, hat jedenfalls - auf Nachfrage der Grünen im Landtag - deutlich gesagt (bzw. schriftlich per Brief), dass Schulsozialarbeit im Verantwortungsbereich der Länder liegt. Deshalb bleibt die CDU bei der Auffassung, dass das Land die Schulsozialarbeit auch zu 100 % finanzieren muss.

Ein weiteres wichtiges Thema mit weitreichenden Veränderungen im Bereich der Förderschulen ist die Inklusion.

Die CDU-Fraktion bedauert ausdrücklich die beschlossene Schließung der „Gebrüder-Grimm-Schule“ und der „Janusz-Korszak-Schule“. Über Jahre hinweg wurde hier eine hervorragende Arbeit zum Wohle der betroffenen Kinder geleistet. Eine Weiterentwicklung der Förderschullandschaft ist jedoch nötig, da die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Landesregierung NRW ein Vorantreiben der schulischen Inklusion im Lande NRW voraussetzen. Schon in der Sitzung des Schulausschusses am 04.11.2013 haben wir ausdrücklich betont, dass wir die Inklusion befürworten - jedoch ein „Hau-Ruck-Verfahren“ zur Umsetzung ablehnen.

Der CDU-Fraktion geht es bei diesem Thema stets um Qualität und Sorgfalt und nicht um Schnelligkeit. Die Risiken des weiteren Ausbaus liegen nach unserer Auffassung in dem notwendigen Erhalt von Qualität im Prozess, in der Notwendigkeit Überforderung und Demotivierung der Lehrer zu vermeiden und auch darin, den Prozess bezahlbar zu gestalten. Bei all diesen Aspekten gibt die Landesregierung leider keine Antworten und keine Hilfe, nicht einmal bei der Frage der notwendigen neuen Lehrpläne für inklusives Lernen. Und die personelle Doppelbesetzung in inklusiven Klassen halten wir für unabdingbar.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

erinnern Sie sich noch an die Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit.

Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, ohne zu riskieren, das künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Bei einem Schuldenstand von 140 Mrd. Euro und der Behauptung, dass diese Schulden gute Schulden sind und sich in der Zukunft auszahlen, frage ich mich immer wieder, glauben diejenigen, die das behaupten, das wirklich, was sie uns da sagen?! Diese Zahlen sind eine einzige Bankrotterklärung und zeugen nur vom Versagen der Rot-Grünen Landesregierung. Wer so handelt, der nimmt der nächsten Generation die Möglichkeit, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Vielleicht dies noch als Hinweis, wie man es anderes machen kann, schauen Sie sich die Verschuldung des Kreises Heinsberg einmal an, sie wurde kontinuierlich gesenkt und wir hoffen, die Verschuldung am Ende der Legislaturperiode auf 7 Mio. Euro reduzieren zu können.

Zum Thema der Nachhaltigkeit gehört unserer Meinung nach auch die Einführung eines Controllings.

Der Begriff wird aus dem englischen Verb „to control“ abgeleitet und bedeutet steuern oder regeln. Damit geht es weit über eine Kontrollfunktion hinaus, auch wenn Controlling im Deutschen - liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD - nach Kontrolle klingt. Controlling hat die Aufgabe, die zielbezogene, erfolgsorientierte Steuerung zu gewährleisten. Controlling erfüllt eine Transparenz- und Lotsenfunktion.

Es geht letztendlich darum, eine systematische Festlegung und Zuordnung der zu verfolgenden Ziele, die Messung ihrer Erreichung, die Feststellung von Soll-Ist-Abweichungen und die Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Beseitigung zu realisieren.

Mit anderen Worten - Controlling dient einer effizienten Führung durch und mit Hilfe von Planung.

Planvoll kann aber nur derjenige vorgehen, der die erforderlichen Informationen besitzt. Ohne Kennzahlen gibt es kein Controlling! Vor diesem Hintergrund haben CDU und FDP die Einführung eines Controllings und die Untersuchung der Prozess- und Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung Heinsberg beantragt.

Die KGSt hat daraufhin eine umfangreiche Ist-Analyse erarbeitet. In weiteren Schritten eine Personalfuktuationsanalyse erstellt, die zu erledigenden Aufgaben erfasst, den Ist-Stellenbestand den vorhandenen Aufgaben zugeordnet, eine Demographie-Konsequenzen-Analyse erstellt und eine Stärken- und Schwächenanalyse durchgeführt.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen – wir als CDU und FDP im Kreistag werten diese Analysen, Feststellungen und Empfehlungen der KGSt, als wertvolle Hilfe.

An dieser Stelle möchten wir erneut unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung richten, die durch ihre Hinweise und Einschätzung wesentlich dazu beigetragen haben, dass die mit der ursprünglichen Antragstellung verbundene Zielsetzung der Schaffung einer Steuerungshilfe für die wichtige Arbeit der Kreisverwaltung erreicht werden konnte.

Wir sind auf einem guten Weg. Ein kluger Kopf hat einmal gesagt, wer im Leben kein Ziel hat, verläuft sich. Es bedarf nun einer zeitnahen strategischen Zielplanung und daran anschließend einer Definition von Standards.

Ich wiederhole mich gerne an dieser Stelle:

Planvoll kann nur derjenige vorgehen, der die erforderlichen Informationen besitzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in den nächsten Wochen und Monaten wird es die Aufgabe der Politik sein, das Leitbild des Kreises Heinsberg fortzuschreiben. Dabei sollten wir uns vom Begriff der Nachhaltigkeit leiten lassen: **Die Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, ohne zu riskieren, das künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.**

Es ist unser Aufgabe für die kommende Generation mit unseren Entscheidungen Voraussetzungen schaffen, das der Kreis Heinsberg, ein Stück Heimat ist, in der die Menschen gerne leben und arbeiten. Ich nenne an dieser Stelle nur einige Themen exemplarisch.

Die Finanzen sind die Grundlage dafür, dass wichtige Investitionen geleistet werden können. Wie groß die Spielräume auf Seiten des Kreises sind, habe ich in meinen bisherigen Ausführungen dargelegt.

Im Bereich der Infrastruktur, hier gilt es Straßen zu erhalten und den ÖPNV/SPNV zukunftsfest zu machen.

Es gilt attraktive Rahmenbedingungen gemeinsam mit der WFG zu entwickeln, die so sind, dass sich Unternehmen im Kreis ansiedeln und hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Dies schafft man sicherlich leichter, wenn man auf Grund der desolaten Finanzpolitik des Landes nicht gezwungen wird, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Gestaltung des demographischen Wandels, Steigerung der Attraktivität für junge Menschen und Familien. Hierzu zählt sicherlich auch der weitere Ausbau der U3-Betreuung.

Das Miteinander der Generationen mit intelligenten Lösungen weiter zu entwickeln (Quartiersentwicklung) gehört ebenfalls zu den Aspekten des demographischen Wandels.

Es ist unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen für Bildung und Ausbildung auf einem hohen Niveau zu halten. Aktiv mitzuwirken bei der Fortentwicklung der Berufskollegs und somit Grundlagen zu schaffen, dass die Betriebe auch weiterhin junge Fachkräfte im Kreis ausbilden und anwerben können.

Diese Liste lässt sich noch um einiges erweitern, aber diese wenigen Aufzählungen zeigen sehr deutlich, wie wichtig die Fortentwicklung des Leitbildes für den Kreis Heinsberg ist.

Neu an dieser Stelle ist, dass wir als Politik nun die Federführung übernommen haben, bei der Erstellung des Leitbildes. Wir sollten diese Chance nutzen, um die strategische Ausrichtung und unsere politischen Ideen zu diskutieren und zu formulieren.

Meine Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen finden in Deutschland Demonstrationen gegen die Islamisierung des Abendlandes statt. Diese Montags-Demonstrationen mit dem Ruf: „Wir sind das Volk“, pervertieren den ursprünglichen Gedanken dieser Demonstrationen, die getragen waren von dem Ruf nach Freiheit. Diejenigen, die diese Demonstrationen heute organisieren, schüren Angst und Fremdenhass; sie sind nicht an einer demokratischen Grundordnung interessiert, in der die Würde des Menschen unantastbar ist und in der niemand auf Grund seiner Religionszugehörigkeit diskriminiert wird. Und hier erwarten wir, dass sich alle demokratischen Parteien von einem solchen Vorgehen distanzieren, auch die AfD.

In diesem Jahr haben wir dem Ausbruch des ersten Weltkrieges gedacht, Leid, Elend, Not und Tod haben diese Jahre den Menschen gebracht und der zweite Weltkrieg nur wenige Jahre später brachte wieder Elend, Not und Flucht mit sich. Millionen Menschen sind vor dem Krieg und seine Folgen geflohen. Und sie waren froh, wenn sie Aufnahme fanden.

Heute nun sind wieder Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Krieg und auch sie hoffen darauf aufgenommen zu werden.

Gerade wir in Deutschland, als ein reiches Land, haben aufgrund der eigenen Geschichte, die Verpflichtung diesen Menschen zu helfen.

Und es tut gut zu sehen, dass 15.000 Menschen, wie am vergangenen Wochenende in Köln auf die Straße gehen und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, demonstrieren.

Wer aus Sorge davor, dass ein Weihnachtsmarkt nicht mehr Weihnachtsmarkt, sondern Wintermarkt heißt eine solche Demonstration veranstaltet, hat in Wirklichkeit, den Sinn der Weihnacht nicht verstanden.

**Sehr geehrte Damen und Herrn,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

an dieser Stelle möchte eine ganz persönliche Stellungnahme zu diesem Thema abgeben.

Weihnachten als Fest der Liebe, der Menschwerdung Gottes in Jesus kennt keine Ausgrenzung, sondern diese Liebe Gottes ist allumfassend, sie gilt allen Menschen, ausnahmslos. Und wenn wir diese Botschaft richtig verstehen, dann können wir diejenigen, die auf der Flucht sind, die Asyl beantragen, weil sie verfolgt werden nicht außen vor lassen. (Anmerkung: Auch die heilige Familie war eine Flüchtlingsfamilie).

Diese Botschaft von Weihnachten ist eine Menschenfreundliche und keine Menschenverachtende Botschaft.

Als Kommunalpolitiker sind wir dazu aufgerufen, wo immer es uns möglich ist, eine Atmosphäre des Willkommens zu schaffen. Viele ehrenamtlich engagierte Menschen sind heute schon im Kreis Heinsberg in verschiedenster Art und Weise tätig und leben eine solche Kultur des Willkommens. Ihnen allen möchte ich von dieser Stelle aus für Ihr Engagement danken und ich denke, dass darf ich im Namen aller demokratischen Fraktionen hier im Kreistag tun.

Vielen Dank!

Wir begrüßen es, das Land und Bund die Kommunen finanziell unterstützen und sie nicht allein gelassen werden bei der Flüchtlingsunterbringung.

Mit diesem Satz wollte ich dieses Thema eigentlich beenden. Doch seit Dienstag liegt mir die Information vor, „dass SPD und Grüne den Kommunen bei diesem so hochsensiblen Thema, wie der Versorgung von Flüchtlingen, Bundesmittel in Höhe von mehr als 50 Millionen Euro vorenthalten, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen, dies ist wirklich ein neuer Tiefpunkt dieser Landesregierung. Mit dreisten Taschenspielertricks versucht Rot-Grün zu vertuschen, dass rund die Hälfte der Hilfszahlungen des Bundes gar nicht bei den betroffenen Kommunen ankommen wird. Nachdem der Bund Ende November beschlossen hatte, in 2015 die Kommunen bei der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung in Höhe von 500 Millionen zu entlasten, hatten unsere Kommunen zurecht erwartet, ihren Anteil an der Entlastung zu erhalten. Wie befürchtet, leitet aber die Landesregierung die Bundesmittel nicht zu 100 Prozent an die Kommunen weiter, sondern finanziert mit diesen Mitteln die von Frau Kraft und Herrn Römer großspurig angekündigten Maßnahmen des Flüchtlingsgipfels. In Wahrheit zahlt Herr Schäuble Krafts Versprechen beim Flüchtlingsgipfel.“

Meine Damen und Herrn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Flüchtlingsthematik und damit verbunden auch die Frage nach Asyl wird uns sicherlich für längere Zeit begleiten. Es ist nicht nur ein Thema für einige Wochen. Aus diesem Grund sind wir als Politik aufgerufen, da wo es möglich ist, den Flüchtlingen Hilfen zu geben und Ehrenamtliche in ihrem Engagement zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Wechsel hin zum Haushalt fällt nicht leicht angesichts dieser eben beschriebenen Thematik.

Aber es ist guter Brauch am Ende des Jahres ein Wort des Dankes zu sprechen.
Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit, und ganz besonders Herr Schöpgens und seinen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, für die Geduld und Bereitschaft, alle anstehenden Fragen in Sachen Haushalt mit der gewohnten Sachkompetenz zu beantworten.

Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2015 zu.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!